

**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Betriebsausschuss**

06.12.2024

Niederschrift

über die Sitzung des Betriebsausschusses am Dienstag, 26.11.2024

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Haus C, "Großer Seminarraum"
(Zugang Stargarder Straße, Eingang Regionalbibliothek)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:32 Uhr

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann begrüßt alle anwesenden Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder und Gäste recht herzlich.

TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann stellt fest, dass die Ordnungsmäßigkeit der Einladung gegeben ist. Sie wurde termingerecht versandt.

Anwesenheit: Soll: 9 Ist: 7

TOP 3 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann lässt über die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

TOP 4 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

TOP 5 Doppischer Haushaltsplan 2025 Band 3/2 Wirtschaftliche Unternehmen, Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Immobilienmanagement der Vier-Tore-Stadt Vorlage: BV/VIII/0074

Ratsherr Stieber betritt den Sitzungsraum um 17:04 Uhr. Somit sind 8 Mitglieder/stellv. Mitglieder des Betriebsausschusses anwesend.

Frau Claus stellt in einer Präsentation die Wirtschaftsplanung 2025 des Eigenbetriebes Immobilienmanagement der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg vor und geht dabei insbesondere auf den Erfolgsplan ein.

Ratsherr Schanz fragt nach dem Gesamtnettopreis für Strom sowie für Fernwärme und Gas.

Diese Information wird **Frau Claus** nachreichen.

Ratsherr Kuhnert möchte wissen, was unter einem Verkehrsrechner zu verstehen ist.

Der Verkehrsrechner steuert unter anderem die Lichtsignalanlagen, erläutert **Frau Claus**.

Bei der Instandhaltung der Lichtsignalanlagen sind auch Bundesstraßen aufgeführt.

Ratsherr Bromberger erfragt, ob die Stadt hierfür eine Erstattung geltend machen kann.

Die Kosten werden erstattet und sind unter Sonstige betriebliche Erträge aufgeführt, antwortet **Frau Claus**.

Herr Schwabe ergänzt, dass sich an Kreuzungen, an denen sich Bundes- und Gemeindestraßen treffen, die Lichtsignalanlagensteuerung von der Stadt, mit Rechnungslegung an das Straßenbauamt, geregelt wird.

Ratsfrau Schöler erkundigt sich nach einer Erklärung für die reduzierten Pachtaufwendungen im Jahr 2025.

Die verringerten Pachtaufwendungen hängen mit dem Erweiterungsbau der Regionalen Schule Ost zusammen, erläutert **Frau Claus**. Im vorangegangenen Planjahr wurde von einer Anmietung ausgegangen. Zum derzeitigen Stand der Planung sollen die Container-Klassenräume nun als mittelfristige Lösung angeschafft werden.

Herr Schwabe fügt hinzu, dass die ursprünglich angedachten Miet- und Pachtaufwendungen sich daher nicht im Erfolgsplan wiederfinden, sondern die für die Anschaffung benötigten Investitionsmittel im Investitionsplan aufgenommen wurden.

Ratsherr Kuhnert fragt nach, ob die aufgeführten Instandhaltungskosten von 185 TEUR bei Gewässer/Kulturpark/Strandbäder auch die Sandaufspülungen des Augustabades beinhalten.

Dies bestätigt **Herr Schwabe** und führt aus, dass in der Vergangenheit bereits verschiedene dauerhafte Varianten geprüft worden sind. Allerdings erwiesen sich diese aufgrund der hohen Kosten als deutlich unwirtschaftlicher im Vergleich zu den jährlichen Sandaufspülungen, weshalb eine Weiterverfolgung in der Sache nicht erfolgt ist.

Ratsherr Bromberger merkt an, dass sich der Sand vor dem Seglerheim ansammelt.

Das technische Equipment der Maßnahme Ausbaggerung Liepskanal soll nach Möglichkeit parallel für die Sandbeseitigung genutzt werden, antwortet **Herr Schwabe**.

Frau Ostwald stellt die bisherigen und perspektivischen Finanzierungen im Investitionsbereich des Eigenbetriebes vor.

Ratsherr Hanson merkt zu den Ausführungen von **Frau Ostwald** an, dass hier sehr vorsichtig geschätzt wurde.

Außerdem fragt **Ratsherr Hanson** nach, wie viel eine Steigerung der geplanten Personalkosten um 1 % ausmachen würde, wenn statt der angenommenen 2 % eine Erhöhung um 3 % erfolgt.

Mit Steigerung der Personalkosten um 1 % erhöhen sich diese um ca. 100 TEUR, antwortet **Herr Schwabe**.

Herr Bachmann verweist auf die sehr gute Darstellung und auf die stattgefundenen Abwägungsprozesse in der Verwaltung zur Ausgestaltung des Zuschusses an den Eigenbetrieb. Die Stadt finanziert mit dem Zuschuss 2025 etwa ein Drittel der planmäßigen Tilgungen für langfristige Investitionskredite.

Ratsherr Schröder möchte wissen, in wie weit der Cashflow der Stadt durch den Zuschuss an den Eigenbetrieb belastet wird.

Der Haushalt der Stadt wird durch den Zuschuss 1:1 belastet, erklärt **Frau Piotrowski**. Die Herausforderung besteht darin, die Balance zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebes und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Kernhaushaltes zu finden.

Herr Schwabe erläutert die Investitionsplanung 2024 und geht dabei auf alle einzelnen Positionen ein.

Ratsherr Bromberger verlässt den Sitzungsraum um 18:25 Uhr. Somit sind 7 Mitglieder/stellv. Mitglieder des Betriebsausschusses anwesend.

Hinsichtlich der Reservierung von Ökopunkten möchte **Ratsfrau Schöler** wissen, ob hierfür vorab Gelder zurückgestellt werden.

Die Kosten für Ausgleichsmaßnahmen sind Bestandteil der jeweiligen Investition, antwortet **Herr Schwabe**. Alternativ zum Kauf von reservierten Ökopunkten wird ebenfalls geprüft, ob eigene Flächen für die Ausgleichsmaßnahme verfügbar sind.

Ratsfrau Muth erinnert sich an die Aussage, dass wenn der Schulneubau der Grundschule West nicht am ursprünglich geplanten Standort ausgeführt wird, sondern stattdessen im südlichen Bereich, Kostensteigerungen zu erwarten sind.

Herr Schwabe erklärt, dass die genauen Kosten noch nicht absehbar sind. Erste Ergebnisse der Baugrunduntersuchung zeigen die Notwendigkeit eines Bodenaustausches auf dem nördlichen Grundstück und eine Pfahlgründung auf dem südlichen Grundstück auf. Mögliche reduzierte Hortbaukosten könnten eine Rolle spielen und sich vorteilhaft im Falle der kostenintensiveren südlichen Variante auswirken.

Ratsherr Schröder bezieht sich auf die geplanten Schulinvestitionen im Zeitraum 2024 bis 2029 in Höhe von 74 Mio. EUR und möchte wissen, in wie weit zukünftig Belastungen auf den Eigenbetrieb durch die AfA (Abschreibung) zukommen.

Nach Abschluss der geplanten Maßnahmen und unter der Annahme einer 80-jährigen Nutzungsdauer geht **Herr Schwabe** von einer jährlichen Abschreibung für den Eigenbetrieb in Höhe von ca. 1 Mio. Euro jährlich aus.

Ratsherr Schröder fragt bezüglich des Ausbaus der Grabquartiere nach der Tendenz der Urnenbestattungen.

Herr Schwabe antwortet, dass Urnenbestattungen ca. 80 bis 90 % der Beisetzungen ausmachen.

Ratsherr Hanson merkt an, dass zukünftige Investitionen mit Blick auf die derzeitige Haushaltssituation priorisiert und nach Dringlichkeit geplant werden müssen.

Auf die angespannte Haushaltslage geht **Ratsherr Prof. Dr. Oppermann** ebenfalls ein und beschreibt wesentliche Kapitalabflüsse des Landes, wie unter anderem hervorgerufen durch die Ergebnisse des Zensus und geringere Steuereinnahmen.

Herr Schwabe verdeutlicht, dass sich die Investitionen im Kern auf die pflichtigen Aufgaben oder Fortführungsmaßnahmen beschränken. Neu mit aufgenommen in den Investitionsplan wurden die notwendigen Neubaumaßnahmen der Schulen. Die Möglichkeiten zu Einsparungen sind dementsprechend begrenzt.

Hinsichtlich der Pachteinahmen für Kleingärten möchte **Ratsherr Schröder** wissen, ob die Stadt bereits eine Pachtanpassung vorgenommen hat, da durch den Regionalverband im vergangenen Jahr eine Erhöhung stattfand.

Herr Schwabe erklärt, dass durch die Stadt bisher keine Pachtanpassung erfolgt ist und die Pachterhöhung des Regionalverbandes damit nicht im Zusammenhang steht, folglich sich auch nicht in den Umsatzerlösen des Eigenbetriebes wiederfindet.

Ratsherr Schröder regt den Gedanken der Rekommunalisierung im Bereich der Grünflächenpflege an und möchte wissen, ob hier Potenzial für Kosteneinsparungen besteht.

Eine Prüfung zur möglichen Rekommunalisierung findet regelmäßig statt, führt **Herr Schwabe** aus. Erste Ergebnisse im Bereich Reinigung liegen derzeit vor und bestätigen die Vergabe weiterhin als kostengünstigere Variante. Dies zeichnet sich im Bereich Grünflächen ebenso ab. Aufgrund des vielfältigen Aufgabenspektrums ist eine Rekommunalisierung im Bereich Straßen, gerade im Winterdienst, aufgrund der dann hohen notwendigen Investitionen nahezu ausgeschlossen. Über die aktuelle gutachterliche Bewertung zur Rekommunalisierung wird in einer der nächsten Betriebsausschusssitzungen informiert.

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann gibt bei einer Rekommunalisierung die hohen Investitionen und laufenden Kosten des Fuhrparks zu bedenken.

Herr Bachmann unterstreicht nochmal, dass sich die Investitionen des Eigenbetriebes und die daraus resultierenden Abschreibungen in Form von Ausgaben für Mietzahlungen auf den städtischen Haushalt auswirken. Bei den geplanten Investitionen handelt es sich ausschließlich um Maßnahmen der Daseinsvorsorge.

Die Präsentation und vorgestellten Übersichten werden den Mitgliedern und stellv. Mitgliedern des Betriebsausschusses und des Finanzausschusses übersendet.

Der Betriebsausschuss wird um 19:08 Uhr für eine 10-minütige Pause unterbrochen. Die Mitglieder und stellv. Mitglieder des Finanzausschusses verlassen den Sitzungsraum. Ratsherr Stieber und Ratsherr Kuhnert melden sich ab und verlassen ebenfalls den Sitzungsraum. Somit sind 5 Mitglieder/stellv. Mitglieder des Betriebsausschusses anwesend.

Der Betriebsausschuss wird um 19:18 Uhr mit 3 anwesenden Mitgliedern/stellv. Mitgliedern des Betriebsausschusses fortgeführt.

**Abstimmungsergebnis:
Ja 3 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

Die Vorlage wird verwiesen.

TOP 6 Beschluss über die Niederschrift der 2. Sitzung des Betriebsausschusses am 22.10.2024

Die Niederschrift der 2. Sitzung des Betriebsausschusses am 22.10.2024 wird einstimmig bestätigt.

TOP 7 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Herr Schwabe gibt einen Zwischenstand zu den Anfragen der letzten Betriebsausschusssitzung:

Die Beantwortung der Nachfragen von **Ratsherrn Schanz** zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement wird durch den Personalservice zeitnah erfolgen.

Die durch **Ratsherrn Hanson** angefragte Liste der veräußerbaren Liegenschaften wird derzeit aktualisiert, sodass eine Präsentation in einer der nächsten Ausschusssitzungen erfolgt.

TOP 8 Beschluss über die Annahme einer Geldzuwendung von Frau Sigrid Brückner - Geldzuwendung für das Aufstellen einer Parkbank Typ "Neubrandenburg" mit Widmungsschild in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg Vorlage: BV/VIII/0078

Herr Olbricht erkundigt sich nach dem generellen Ablauf einer Spende für das Aufstellen einer Parkbank.

Herr Schwabe führt aus, dass nach Anfrage für eine solche Bank die Fertigungskosten als vorausgesetzte Geldzuwendung angesetzt werden und gemeinsam mit dem Spender über den Standort beraten wird.

Frau Piotrowski fügt hinzu, dass wenn durch das Fachamt die Information über das Vorliegen eines Spendenangebotes kommt, der Oberbürgermeister eine Mitteilung erhält und die Beschlussvorlage erstellt werden kann.

Abstimmungsergebnis:
Ja 3 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Die Vorlage wird verwiesen.

TOP 9 Beibehaltung der Übergangsregelung nach § 27 UStG zur Umsatzbesteuerung der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg bis 31.12.2026 Vorlage: BV/VIII/0086

Herr Schwabe informiert, dass das Jahressteuergesetz am 22.11.2024 im Bundesrat verabschiedet wurde.

Abstimmungsergebnis:
Ja 3 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Die Vorlage wird verwiesen.

TOP 10 Abwassergebührenkalkulation 2025 Vorlage: BV/VIII/0055

Ratsfrau Kreuzer und Ratsherr Schanz betreten den Sitzungsraum um 19:19 Uhr. Somit sind 5 Mitglieder/stellv. Mitglieder des Betriebsausschusses anwesend.

Abstimmungsergebnis:
Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Die Vorlage wird verwiesen.

TOP 11 6. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Neubrandenburg über die leitungsgebundene Abwasserbeseitigung, die dezentrale Abwasserbeseitigung und die Gebührenerhebung für die Inanspruchnahme der leitungsgebundenen Abwasserbeseitigung und die Erhebung von Entsorgungsgebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung (Abwasser- und Gebührensatzung)
Vorlage: BV/VIII/0054

Abstimmungsergebnis:
Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Die Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende stellt die Nichtöffentlichkeit her.

TOP 14 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Schließung der Sitzung

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung.

gez. Prof. Dr. Roman F. Oppermann
Ausschussvorsitzender

gez. Jannis Buth
Protokollant